

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

23.4.1924 (No. 95)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. u. n. d.,  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstage 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 13 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipatorische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

Der badische Arbeitsmarkt hat sich in der Woche vom 10. bis 16. April weiterhin gebessert. Entsprechend sank die Erwerbslosenziffer von 23 900 auf 20 100.

In der Landwirtschaft und Gärtnerei bestand im allgemeinen gute Nachfrage, wenn sie auch teilweise vorübergehend infolge der bevorstehenden Feiertage etwas zurückging. In der Industrie der Steine und Erden hat sich die Lage weiter gebessert. In der Metall- und Maschinenindustrie zeigte sich die Singener Stahlindustrie aufnahmefähig, doch hat naturgemäß durch die Aussperrung der Belegschaft eines Mannheimer Großbetriebs, die in den letzten Wochen beobachtete Nachfrage nach Facharbeitern wesentlich nachgelassen. Die Billinger Uhrenindustrie und Glockengießerei sind gut beschäftigt. Die Waldshuter chem. Industrie arbeitet nahezu wieder voll; in Mannheim wurden weiterhin weibliche Kräfte benötigt. Die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie ist nach wie vor günstig, die zwischenörtliche Vermittlung muß mangels ortsanfängiger Kräfte für Deckung des Arbeiterbedarfs erheblich herangezogen werden. In der Papierindustrie hingegen war die Kräftefrage ziemlich ruhig. Gut beschäftigt ist die Weinheimer Lederindustrie. Der Bedarf an Sattlern für Geschir, Auto und Wagen, wie auch an Polsterern, war erheblich. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe blieb die Nachfrage nach Kräften im ganzen lebhaft. Im Genußmittelgewerbe hat der Bedarf der Zigarrenindustrie des Mannheimer Bezirks weiterhin angehalten. Die Nachfrage im Bekleidungsgebiet ist, soweit es sich um Großschneiderei handelt, günstig, diejenige des Schuhmachergewerbes erstreckte sich in der Hauptsache auf Spezialarbeiter für seine Maßarbeit. Der Kräftebedarf des Baugewerbes blieb im allgemeinen beträchtlich. Im Hotel- und Gastwirtsgebiete blieb männliches und weibliches Sotellchenpersonal weiterhin gesucht. Der Angestelltenarbeitsmarkt war für Techniker flau, für Kaufleute aus der Textil- und Manufakturwarenbranche, bilanzsichere Buchhalter und Reisende aller Branchen gestaltete er sich günstig.

### Der Wahlkampf

Jetzt nun, nachdem die Osterfeiertage verfloßen sind, in voller Schärfe ein. Bereits am Ostermontag fanden in vielen Orten unseres Heimatlandes zum Teil recht gut besuchte Wahlversammlungen statt. Die Zahl wird sich natürlich von Tag zu Tag steigern und am nächsten Samstag und Sonntag, ebenso noch am 3. Mai, den Höhepunkt erreichen. Es ist klar, daß alle Parteien durch das gesprochene Wort für ihre Ziele und Zwecke bei den Wählern Propaganda machen wollen. Ebenso richtig ist, daß im allgemeinen Wählerversammlungen lebhafter, wie andere Versammlungen zu verlaufen pflegen, da fast stets auch Angehörige anderer Parteien anwesend sind. Im allgemeinen darf man feststellen, daß bis jetzt in Baden erfreulicherweise Störungen von Wahlversammlungen nicht zu verzeichnen sind. Möge es bis zum Wahltag so bleiben! Zudem würde die Partei, welche auf Störungen von Versammlungen ausginge, sich selbst am meisten schädigen und in den Augen der Wähler diskreditieren.

Auch in der Presse aller Parteien hat der Wahlkampf bereits heftig eingesetzt. Einzelne Parteien geben förmliche Wahlzeitungen heraus, wieder andere greifen zur Bild-Reklame, und auch der Inseratenteil der Zeitungen enthält Wahlaufrufe in beträchtlicher Größe. Fast aber alle Parteien sind im Besitze von Zeitungen. Nur die Deutschvölkischen verfügen lediglich über ein Wahlorgan in Heidelberg, während die Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes, sowie der Bund der Geusen (Aufwertungsanhänger und Hypothekengläubiger), die Unabhängige sozialdem. Partei, der Häufferbund und die Republikanische Partei Deutschlands über besondere Presseorgane in Baden nicht verfügen. Sie werden sich wahrscheinlich in Flugblättern usw. an die Wähler wenden.

So darf man denn konstatieren, daß uns die nächsten 10 Tage, wie anderwärts auch, lebhaften politischen Betrieb bringen werden. Nachdem mit 13 Wahlvorschlagen aufgearbeitet wird — siehe gestrige Nummer der Karlsruher Zeitung — ist es verständlich, daß dementsprechend auch die Wahlbewegung in Baden ihren Gang nimmt.

Mit einer Beilage: 10. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Poincaré, Macdonald und Deutschland

Poincaré hat dem Vorsitzenden der Reparationskommission Herrn Barthou, ein Schreiben gesandt und darin die Bedingungen aufgezählt, unter welchen er den Sachverständigenbericht akzeptieren und die ökonomische Räumung des Ruhrreviers zugeben wolle. Leider ist dieses Schreiben im authentischen Wortlaut noch nicht veröffentlicht worden. Doch sind genügend Mitteilungen darüber durchgedrungen, so daß man sich wohl ein Bild von den Anschauungen Poincarés machen kann. Diese Anschauungen würden eine Korrektur dessen bedeuten, was bisher über seine Haltung bekannt war, und zwar eine Korrektur zum Besseren.

Wie es heißt, macht Poincaré die wirtschaftliche Räumung des Ruhrreviers nicht von den Zahlungen selbst, sondern von gewissen, organisatorischen Maßnahmen abhängig, so von der Eröffnung der Emissionsbank, der Neuorganisation der Reichsbahn, der Ausbändigung der Industrieobligationen und der Annahme der im Sachverständigenbericht vorgeschlagenen Befehle durch den Reichstag. Leider sind aber auch diese Forderungen nur zu sehr geeignet, eine rasche Lösung des Reparationsproblems zu verhindern. Und es bleibt zudem die Frage offen, ob diese organisatorischen Maßnahmen sämtlich durchgeführt werden können, solange Frankreich das Ruhrrevier besetzt hält. Doch könnte darüber ja verhandelt werden können. Jedenfalls würde eine bindende Zusicherung Poincarés bezw. der Pariser Regierung, daß man das Ruhrrevier räumen werde, sowie jene organisatorischen Forderungen erfüllt sind, die Situation zweifellos in etwas erleichtern. Die deutsche Reichsregierung könnte, gestützt auf jene Zusicherung, sich daran machen, jene Forderungen zu verwirklichen, zumal ja das, was darin gesagt wird, ohnehin auf der Linie der Vorschläge des Sachverständigenberichts liegt.

Allerdings spricht Poincaré nur von der ökonomischen Räumung des Ruhrreviers. Deutschland kann nicht anders, als von neuem zu verlangen, daß auch die den Friedensvertrag von Versailles zuwiderlaufende militärische Besetzung des Ruhrreviers aufgehoben wird, damit es die volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit, die ja als die Voraussetzung aller Reparationszahlungen anerkannt ist, wieder erlangt.

Ferner soll Poincaré in seinem Schreiben erklärt haben, daß Frankreich nur dann den Vorschlägen des Sachverständigenberichts zustimmen könne, wenn vorher auf der Grundlage einer Übereinstimmung der Alliierten die Sanktionen in aller Form festgelegt werden, die zu ergreifen sind, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Bekanntlich hat Macdonald dieses Verlangen abgelehnt. Er wünscht, daß man Deutschland mit Vertrauen begegnet und erst dann, wenn wirklich eine Verletzung Deutschlands einwandfrei festgestellt ist, über etwaige Sanktionen berät.

Praktisch heißt es die Lösung des Reparationsproblems auf die lange Bank schieben, wenn Poincaré bei seinem Verlangen beharrt. Denn selbst dann, wenn die übrigen Alliierten schließlich grundsätzlich zustimmen sollten, würde es außerordentlich schwierig sein, jetzt schon rein theoretisch die Art und Weise etwaiger Befehle und die Art und Weise etwaiger Sanktionen zu stipulieren. Wieder regt sich der alte Verdacht, daß Poincaré ein doppeltes Spiel treibt, d. h. nach immer neuen Vorwänden sucht, um eine wirklich zufriedenstellende Lösung des großen Problems zu verhindern, ohne dabei durch ein ehrliches und offenes Nein Frankreich moralisch gar zu sehr zu schaden.

Macdonald hat auf dem Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei dieser Tage rund heraus erklärt, daß man die Verpflichtung habe, Deutschland nunmehr mit Vertrauen entgegen zu kommen und ein für alle Mal auf die Rolle des „Kerkermeisters“ zu verzichten. In Konsequenz dieser Auffassung wird Macdonald das Verlangen Poincarés nach vorheriger Stipulierung etwaiger Sanktionen nach wie vor ablehnen. Er wird sich innerlich wohl sagen, daß durchaus die Möglichkeit besteht, daß Deutschland einmal trotz des allerbesten Willens mit einer Zahlung im Rückstand bleibt.

Und gerade Macdonald hat, wie aus dem Wortlaut seiner Rede auf dem Parteitag klar zu ersehen ist, alle Ver-

anlassung, mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Denn er fürchtet, die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands für Großbritannien so sehr, daß er sie seinen Zuhörern geradezu als die oberste Gefahr hingestellt hat, demgemäß hat er an einem gar zu raschen wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands kein Interesse. Hier liegt der wunde Punkt in der Politik Englands. Entweder sorgt England dafür, daß Deutschland nur eine verhältnismäßig kleine Reparationslast aufgebürdet bekommt, dann brauchen wir England durch unseren Export keine besondere Konkurrenz zu machen; oder er stimmt den kolossalen Summen des Sachverständigenberichts zu, dann muß er uns aber auch die wirtschaftliche Entfaltung gönnen, die notwendig ist, damit wir diese Riesensummen bezahlen können. Wir glauben, daß Macdonald mit seinen Ausführungen über die deutsche Wirtschaftskonkurrenz der französischen Politik eine glänzende Waffe in die Hand gespielt hat, ohne daß er natürlich etwas Derartiges gewollt hätte.

Daß Macdonald sich nicht scheut, der Frage die Schelle umzuhängen, wenn es gilt, die französische Politik richtig zu charakterisieren, das geht aus seiner Bemerkung über das Anwachsen des deutschen Nationalismus hervor. Er hat gesagt, daß dieser Nationalismus außenpolitisch eine Gefahr für Deutschland bedeute, aber er hat hinzugefügt, daß die Politik, die man bisher Deutschland gegenüber trieb, zum großen Teil dieses Anwachsens verschuldet habe. England, Italien und Amerika waren es aber nicht, die uns bewußt Tag für Tag vor den Kopf gestoßen haben. Das hat allein Frankreich getan. Und das weiß die ganze Welt. Also ist es diese französische Politik, die man für das Anwachsen der nationalistischen Strömung in Deutschland verantwortlich zu machen hat. Daß die Pariser nationalistische Presse gerade über diese Stelle der Rede Macdonalds aus dem Häuschen geraten ist, kann man begreifen. Und doch ist das ganze Geschrei nur Theater. Denn dem französischen Nationalismus paßt nichts so gut in den Kram, wie das Stärkerwerden des Nationalismus in Deutschland!

Und schon allein deshalb sollten wir in Deutschland der Bemerkung Macdonalds, daß das Anwachsen des Nationalismus für uns eine Gefahr sei, ernste Beachtung schenken. Vor allem sollten diejenigen Volksgenossen, die auf ihr patriotisches Gefühl besonders stolz sind, sich einmal fragen, ob es nicht gerade im patriotischen Interesse besser wäre, die laute und aggressive Bekundung der nationalen Empfindung zur Zeit etwas zu dämpfen. Gefühle können sehr stark und sehr nachhaltig sein und brauchen doch nicht alle Augenblicke in lärmendem Loben ihren Ausdruck zu finden, zumal dann nicht, wenn man sieht, daß dieser Lärm vom Feinde ausgenutzt wird, um die ganze Welt von neuem gegen uns mobil zu machen. Oscar Wilde hat einmal gesagt, das Leben sei eine Laßtfrage. Dieses Wort gilt auch für das politische Leben, und zwar vornehmlich für die Außenpolitik. Die besten Geschäfte werden immer im Stillen gemacht. Das sollten auch die großen „Trommler“ der Deutschvölkischen endlich einsehen!

### Eine neue Belastung der Rheinschiffahrt

Die seit Monaten zwischen der deutschen, französischen und belgischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die für die letzteren Staaten in Auftrag gegebenen Binnenschiffahrtsneubauten im Zusammenhange mit der Freigabe des von Frankreich in großem Umfang beschlagnahmten Rheinschiffraums wurden nunmehr zum Abschluß gebracht. Die Rheinschiffahrt muß, um die Freiheit ihres Betriebes zu sichern, wiederum vier Rheintaddampfer neuesten Typs und elf Kähne den Alliierten zu Eigentum überlassen. Die im unbesetzten Gebiet hergestellten Schiffneubauten werden an Frankreich sobald als möglich abgeliefert, während die auf den rheinischen Schiffswerften liegenden Neubauten nur zu einem Teil fertiggestellt werden.

Zugleich mit dem Abkommen zwischen den Regierungen hat eine Gruppe größerer Kohlenredereien mit der französisch-belgischen Transportkommission eine Regelung über die Reparationskohlentransporte getroffen, die bis zu irgend einer anderweitigen Regelung dieser Frage zwischen den beteiligten Regierungen Geltung haben soll und die den beteiligten Redereien bei teilweiser Übernahme der Transportkosten freie Verfügung über ihren Schiffsraum gibt. Das Abkommen legt der Rheinschiffahrt neue schwere Lasten auf, zu deren Erleichterung sich die deutsche Regierung zurzeit außerstande sieht. Um so mehr müssen die Rheinschiffahrttreibenden erwarten, daß nunmehr die Verrückung der vollen Freiheit in der Rheinschiffahrt schnellstens durchgeführt wird und künftig unberührt bleibt. Den an dem Abkommen noch nicht beteiligten Firmen ist der Beitritt zur Sicherstellung auch ihrer Freiheit offen gehalten.

# Politische Neuigkeiten

## Der Reichsfinanzminister zum Sachverständigenrat

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte Herrn von Wiegand, dem Vertreter der Gesamt-Presse eine Unterredung in deren Verlauf er sich folgendermaßen äußerte:

Der Bericht der Sachverständigen steuert das Reparations-schiff, das zwischen gefährlichen Klippen hin und her pendelt, auf einen sicheren Kurs zu, der Aussicht auf eine friedliche Verständigung bietet. Ich lege besonders Gewicht auf das Wort Aussicht, denn es sind durchaus noch nicht alle Gefahrenpunkte überwunden.

Auf die Frage, in welcher Richtung er die Gefahren sehe, antwortete der Minister:

Ich sehe diese Gefahren besonders in politischer Richtung. Um das verständlich zu machen, muß ich mit einem Wort auf das Gutachten selbst eingehen. So einschneidend das Gutachten die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge des Weltverkehrs erfaßt, so habe ich doch die allerernsteste Sorge, daß es Gutachten die deutsche Leistungsfähigkeit, auch wenn günstige Entwicklungsbedingungen eintreten, durchaus überschätzt. Neben der ungeheuren zahlenmäßigen Belastung enthält das Gutachten schwere und tiefe Eingriffe in die deutsche Staatshoheit und damit in das Eigenleben des deutschen Volkes, Eingriffe, die a. B. bei der Eisenbahn bis zu einer planvollen Zurückdrängung der Reichsgewalt gehen, die hier besonders hart empfunden wird, weil das Eisenbahngewerbe auch den Umlauf des Wirtschaftskörpers darstellt. Das alles muß man ins Auge fassen, um zu verstehen, welche Stimmung im deutschen Volk großwachser muß, wenn jetzt immerfort Nachrichten aus Frankreich herüberfliegen, nach denen versucht werden soll, neben diesen ungeheuren Belastungen auch noch die an Ruhr und Rhein ergriffene Gewaltmaßnahmen aufrecht zu erhalten.

Das ganze deutsche Volk war seelisch darauf eingestellt, daß durch das Sachverständigengutachten eine neue Epoche beginnen solle, in der die wirtschaftliche Vernunft anstelle der politischen Gewalt tritt. Wenn die politische Gewaltanwendung nicht gleichzeitig aufgeräumt wird, so kann ich mir nicht vorstellen, daß die große, im General Dawes-Bericht niedergelegte Arbeit der Sachverständigen Sagen für Europa und die Weltwirtschaft bringt.

Auf die Frage, ob eine Angeklichkeit der politischen Verhältnisse auch unmittelbare wirtschaftliche Rückwirkungen haben würde, antwortete der Minister:

Es ist zunächst logisch und wirtschaftlich unmöglich, Spezial-Pfänder irgendwelcher Art, wie z. B. die Eisenbahnregie im besetzten Gebiet, neben der Intraffikation des Sachverständigengutachtens mit feinen Generalpfändern aufrecht zu erhalten. Die deutsche Wirtschaft kann sich in keiner Weise erholen, solange nicht auch das Eisenbahngewerbe von Ruhr und Rhein wieder einheitlich von der deutschen Eisenbahn bewirtschaftet und verwaltet wird. Darüber hinaus aber kann sich die deutsche Wirtschaft überhaupt nicht erholen, wenn nicht auch im Westen wieder das Recht an die Stelle der Gewalt tritt. Dabei handelt es sich um die Wiederherstellung der ganzen deutschen Verwaltung, die Befragungsfrage, die Freilassung der Gefangenen usw. Deshalb ist Voraussetzung auch für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, daß das deutsche Volk auch seelisch von dem ungeheuren Druck befreit wird, der von Frankreich her immer wieder auf das unglückliche besetzte Gebiet und damit auf ganz Deutschland ausgeübt wird.

Der Korrespondent fragte: „Glauben Sie, Herr Minister, daß das deutsche Volk, wenn die politischen Fragen gelöst sind, zu erster Kraftanstrengung bereit sein wird, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen?“

Der Minister erwiderte: „Ich habe gar keinen Zweifel, daß das deutsche Volk, sobald die politischen Fragen in einer für das deutsche Volk tragbaren Weise gelöst sind, seine ganze Kraft einsetzen wird, um die Verpflichtung, die es im Anschluß an den General Dawes-Bericht übernimmt, zu erfüllen. Deutschland wird, wenn der furchtbare politische Druck von ihm genommen ist, an dieses Ziel die gleiche Tapferkeit verwenden, die es seit dem vorigen Herbst aufgebracht hat, um während der Uebergangszeit am Leben zu bleiben. Das amerikanische Volk wird deshalb der Weltwirtschaft und dem Weltfrieden den allergrößten Dienst erweisen, wenn es dafür sorgt, daß auch die politischen Fragen in dem sachlichen Geist gelöst werden, der den General Dawes-Bericht erfüllt.“

## Löhne und Geldwert

Der Vizekanzler Dr. Jares empfang in Vertretung des Reichskanzlers die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. In der Besprechung nahmen außerdem teil der Reichsarbeitsminister Dr. Bauns, der Reichsfinanzminister Dr. Luther und der Reichswirtschaftsminister Gamm.

In der Besprechung wandten sich die Gewerkschaften gegen die Auffassung, daß jede Lohnerhöhung notwendig eine Gefährdung für die Aufrechterhaltung der Währung nach sich ziehen müsse, und vertraten den Standpunkt, daß eine Reihe anderer Momente, insbesondere die noch nicht überall genügend durchgeführte Nationalisierung der Wirtschaft, das Vorhandensein zu vieler unproduktiver Zwischenglieder und zu hoher Gewinnquoten, die Preis- und Lieferungsbedingungen der Kartelle, die noch nicht überall überwundenen Gewohnheiten aus der Inflationszeit und eine vielfach ungewöhnliche Handhabung der Kreditgewährung in höherem Maße die Währung gefährdeten. Die augenblickliche Erholung bestimmter Wirtschaftszweige beruhe auf den Liebergewinnen gewisser Volksschichten, denn die Erholung erstreckte sich fast nur auf die ausgeprägte Luxusindustrie (z. B. auch Leder-, Holz-, Textilindustrie). Notwendig sei eine allgemeine Senkung der Warenpreise, die heute noch künstlich hochgehalten würden. Eine Niedrighaltung der Löhne hemme die technische Entwicklung und beeinträchtige die Arbeitsleistung. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten endlich die zwingend gebotene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze, die heute schon vorwiegend aus den Pflichtbeiträgen gedeckt würden; eine nennenswerte Beanspruchung von Staatsmitteln werde durch eine Erhöhung nicht eintreten.

Seitens der Reichsregierung wurde die Notwendigkeit einer baldigen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze anerkannt, über das erforderliche und mögliche Ausmaß der Erhöhungen gingen allerdings die Auffassungen auseinander. Auch in der allgemeinen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage stimmte die Reichsregierung mit den Gewerkschaftsvertretern im wesentlichen überein und betonte, daß von ihrer Seite alles getan werde, um dem Ziele einer Preisfestsetzung und Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter näherzukommen. Diesem Ziele würde vor allem eine zweifelhafte Santhobung der Ein- und Ausführkontrollen, der Kartellgesetzgebung und der Kreditpolitik dienen. Eine vorzeitige Erhöhung der Nominalalöhne, ohne daß bereits die Handels- und damit Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland wesentlich verbessert und jede überflüssige Kaufkraft in allen Bevölkerungs-schichten beseitigt wäre, würde allerdings unhaltbar zu einer neuen Inflation führen.

## Die Verteilung der Steuerlasten

R. A. meldet: In der Presse sind mehrfach Ausführungen über eine angebliche Zunahme der Massenbelastung gemacht worden. Hierunter wird verstanden, daß die große Masse des Volkes, insbesondere die arbeitende Bevölkerung, durch die Verteilung des Verbrauchs und durch die Lohnsteuer verhältnismäßig stärker belastet werde als die besitzenden Klassen durch die Besitzsteuern. Eine Zunahme der Belastung wird insbesondere aus dem Steueranwachsen im Februar hergeleitet. Die Entwicklung der Reichseinnahmen in der Zeit des sogenannten Ubergangsjahrs, d. h. vom 1. Dezember 1923 bis 31. März 1924, hat das Gegenteil bewiesen. In dieser Zeit entfielen dem Gesamtanwachsen an Reichsteuern

54 v. H. auf die Besitzsteuern, 64 v. H. auf die Besteuerung des entbehrlichen Verbrauchs (Wein, Branntwein, Bier und Tabak),

26 1/2 v. H. auf die Besteuerung des übrigen Verbrauchs und 13 1/2 v. H. auf die Lohnsteuer;

hierbei ist zu beachten, daß dem Lohnabzug auch eine ganze Anzahl von besser gestellten Steuerpflichtigen (z. B. höhere Beamte und Angestellte einschließlich der Direktoren) unterliegen, deren Anteil als Massenbelastung nicht mitgezählt werden kann.

Die Verteilung der Reichsteuern gibt allein kein vollständiges Bild, weil die Grund- und Gemeindesteuern der Länder und Gemeinden eine wesentliche Belastung darstellen; zählt man sie hinzu, so wird für die Monate Dezember 1923 bis März 1924 der Anteil der den Besitz belastenden Steuern etwa 62 v. H. betragen.

Diese Verteilung der Steuerlasten ist mithin, trotz der jähren Belastung auch des Verbrauchs für die verbräuchenden Massen immerhin noch günstiger, als in der Broschüre des Reichsfinanzministers Dr. Luther auf Grund der damals vorhandenen Zahlen und Schätzungen angenommen werden konnte.

## Die Reichswahlkreise

Der Reichswahlkreis hat am Dienstag in öffentlicher Sitzung die Entscheidung über die Zusammensetzung der bei ihm eingereichten Reichswahlvorschläge getroffen. Im ganzen wurden 23 Vorschläge zugelassen.

Die Spitzenkandidaten der verschiedenen Reichswahlkreise seien hier noch einmal verzeichnet:

R. S. P. D. Hermann Müller, Wels, Crispian, Dr. Hüfner, Frau Juchacz.

Demokratische Partei: Minister a. D. Koch, Frau Dr. Bäumer, Erkelens, Dr. Fischer, Dr. Gehler.

Zentrum: Reichskanzler Rath, Peter Spahn, Frau Dransfeld, Adam Räder.

Deutsche Volkspartei: Dr. Stresemann, Frau Mende, Dr. Scholz, Dr. Rahl, Dr. Düringer, Staatssekretär a. D. Retwald.

Deutschnationale Volkspartei: Dr. Berg, Fürst Otto v. Bismarck, Frau Behn, Lambach, Großadmiral v. Tirpitz, Prof. Dr. Martin Spahn, Dr. Quaas.

Bayerische Volkspartei: Gutsbehalter Merz, Ministerpräsident a. D. Graf Lechensfeld, Schriftleiter Trochmann.

Bayerische Bauernbund (verbunden mit der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes): Kaufmann Franz Heindl, Prof. Dr. Wedt.

Vereinigte Deutschvölkische: Ludendorff, von Graefe, Hauptmann a. D. Hoffm., Graf Reventlow.

Kommunistische Partei: Thälmann, Kemmele, Pfeiffer, Szuhala, Studentrat Dr. Schwarz.

Nationalistische Vereinigung: Dr. Watzky, Freiberger v. Lersner, Ministerialrat a. D. Dr. Fönf, Freiberger v. Stauffenberg.

Republikanische Partei Deutschlands: Karl Betzer, Ledmann, Dr. Grabowski.

Sozialistischer Bund: Georg Ledebour, Paul Wegmann.

## Coolidge über das Reparationsproblem

In einer Rede, die der amerikanische Präsident Coolidge in New York zur Eröffnung der Wahlkampagne gehalten hat, billigte er den Reparationsplan des Dawes-Ausschusses und sprach die Hoffnung aus, daß Europa ihn annehmen werde. „Der Plan“, so meinte er, „steht eine beträchtliche Anleihe für die unmittelbaren Bedürfnisse Deutschlands einschließlich einer Finanzhilfe vor. Ich vertraue darauf, daß das private amerikanische Kapital gewillt ist, sich daran zu beteiligen. Es sind gesunde Geschäftsrücksichten, die uns dazu veranlassen sollten; jedenfalls würde unserem Handel daraus Nutzen erwachsen. Insbesondere hoffen wir, daß wir dadurch einen größeren Markt für unsere landwirtschaftliche Produktion erhalten werden. Erfolgreichweise erlaube ich, daß die Alliierten dem Plan der Experten sympathisch gegenüberstehen und daß auch Deutschland seinerseits den Willen zur Mitarbeit bekundet hat. Der Bericht bietet anscheinend eine Basis für eine praktische Lösung der Reparationen, wodurch wiederhergestellt und instand gesetzt wird, die größtmögliche Summe zu bezahlen. Unter diesem Gesichtspunkt bedeutet der Plan das wichtigste Ereignis seit dem Waffenstillstand.“

Coolidge sagte ferner, die Regelung der Reparationsfrage ermögliche eine weitere Erholung. Die Washingtoner Konferenz, die die Zahl der Kriegsschiffe begrenzt habe, habe nicht die Frage der Unterseeboote und der Luftflotten gelöst, weil die beinahe drohenden Zustände, die in Europa herrschten, noch keine Regelung ermöglichten. Coolidge schlug vor, nach der Lösung der Reparationsfrage sollten die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen zu einer neuen Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen und zur Kodifizierung des internationalen Rechts.

## Das Amerikanische Einwanderungsgesetz

Eine Meldung der Londoner „Times“ gibt Einzelheiten über die Bedeutung, die die neue amerikanische Einwanderungsbill in der Form, wie sie vom Kongreß angenommen wurde, haben wird. Während nach dem bisherigen Gesetz ungefähr 300 000 Personen im Jahr in die Vereinigten Staaten einwandern konnten, soll die Gesamtzahl der Einwanderer nunmehr auf etwa 160 000 verringert werden. Deutschland und Großbritannien werden unter dieser Beschränkung am wenigsten zu leiden haben. Die deutsche Einwanderungsquote wird in Zukunft 50 000 statt der bisherigen Zahl von 68 000 betragen, während die Quote Englands von 77 000 auf 62 000 reduziert werden wird. Besonders schädlich werden die Italiener, abgesehen, die anstatt 42 000 Auswanderer nach den Vereinigten Staaten schicken zu können, nunmehr auf die Zahl von 4000 beschränkt sein werden. Ähnlich schlecht, wenn auch

## Zwei neue Opern in Frankfurt u. Freiburg

Es handelt sich um kein Lob der Provinzbühnen, muß aber doch konstatiert werden: Will man miterkennen, was im heutigen Opernschaffen so an Neuem sich ereignet, bedarf es gar keiner Reise nach dem wasserlöslichen Berlin, die größeren Provinzbühnen kennen ihre Pflicht jedenfalls weit besser und nützen dem Atem des künstlerischen Lebens durch willigere Erfüllung der kulturellen Aufgabe, die dem Theater nun einmal gestellt ist. Nach Karlsruhe, dessen Bemühen um den „Berg“ Zemlinsky's leider ungewidmet, aber für die besonderen hierigen Verhältnisse ebenso charakteristisch als aufrichtiger Mißerfolg endete, kam das Mannheimer Nationaltheater mit Egon Wellek „Alkestis“ heraus. In kurzen Abständen folgten Stuttgart und Frankfurt mit Franz Schrekers „Trelche“, und das Freiburger Stadttheater erreichte dieser Tage durch die Erstausführung von Julius Weismann's „Schwanenweiß“. Alles sind markante Taten, die nicht nur den interessieren, der sich für die Entwicklung der Gegenwartsober eine gewisse Blickscharfe aneignen will, sondern auch durch die Sorgfalt der Ausstattung und Inszenierung auffallen müssen. Neue Werke werden schließlich geschaffen, um aufgeführt zu werden, doch ist es eine fast göttliche Gnade, wenn das zugleich mit beneidenswertem Geschick geschieht. Wie sich z. B. Mannheim, Frankfurt und Freiburg gleichzeitig dabei mit wesentlichen Problemen der modernen Inszenierungskunst auseinandersetzen, war allein gesunde schöpferische Qualifikation, genug um die — bebauerliche, aber durch die Nachkriegszustände vielfach erschuldete — Periode der Müdigkeit und Verdrossenheit auch an diesen Bühnen rasch vergessen zu lassen.

In Frankfurt, der eigentümlich ehegeizigen Schrekerstadt (fast alle Bühnenwerke Schrekers erlebten bisher dort ihre Uraufführung!), hörte ich die „Trelche“ in der kurz der Kölner Premiere nachfolgenden örtlichen Erstausführung. Nach den erstaunlichen Ansätzen zu Großem, die man besonders von den „Gezeichneten“ und dem „Schachräber“ her im Gedächtnis hat, ist dies fünfte dramatische Werk Schrekers, der unentwegt sich inwischen schon einen Memnonstoff als höchste zeitliche Grundlage zubereitet, eine arge Enttäuschung. Denn der sehr heutige Zauber des Hypnotischen im Orchesterapparat verfangt nicht mehr, die wiederum in kolossal dimensionierten gehaltenen Qualität der klanglichen Materie ist an ein schillerndes Objekt verschwendet. Nicht etwa, daß das edelste poetische Buch von der „irren Liebe“, — dem erotischen Urtrieb, der im Schloß und in der Schenke einer oberpfälzischen Bohstation sich stuhlig austobt, deren Name dem vorbeifahrenden Komponisten intuitiv die visionäre Symbolik der Handlung eingab, — schlecht sei, muß betont werden, wohl

aber, daß der Theatraliker Schreker sich nicht scheut, den großen Erklärer Wagner ganz einfach zu kopieren, den er doch einstens selbst überwinden wollte und sollte. Das Prädikat „gut“ wird man dem Werk auch kategorisch deshalb verweigern müssen, weil es sehr unklar die Stillelemente der Kammermusik (1. und 2. Akt) und der „großen“ romantischen Oper (3. Akt) mischt. Es ist allerdings insofern immer noch klug ausbalancierende Opernware, als man ständig — wenn auch ohne zureichenden Grund — unter dem Eindruck einer Erstaube steht und erst nachträglich merkt, daß diese zu dem pathologischen Figurenwerk wohl nötige Nebenpersonifikation zu weit über, zuweilen aber sogar recht listiger Kalmung ist. Es gibt wohl in dem ewigen gleichen Fluß der typisch Schreker'schen Klangphäre einen prägnant leitmotivischen Haht, an den man sich zur Not festklamern kann, doch ist alles übrige Klangvoll umhüllt Vielerlei reichlich aufgedunnen und peinlich erfindungsschwach. Trotzdem die Frankfurter Bühne unter A. Rottenbergs Leitung und mit Hilfe von L. Sievert (Bühnenbild) und Dr. L. Wallerstein (Regie) dem Werk auf eine sehr originelle Art beizukommen suchte, die allerdings nicht ganz den Absichten des Dichters komponierten entsprechen haben soll, war das sonst auf Schreker sympathisch eingestellte Auditorium der Notwendigkeit diesmal recht schwer geneigt zu machen und dankte in erster Linie den ausgezeichneten Darstellern, von denen Emma Holl, Magda Spiegel und Jean Stern vor allem ihre Rolle mit gesteigerter Intenität durchführten.

Unschwer ist aus diesen kritischen Bemerkungen abzulesen, daß mir — gleich manch anderem übrigens — der Appetit auf den metropolischen Romantiker Schreker, der sich selbst verloren hat und irgendwann sich erst wiederfinden muß, gründlich vergangen ist; denn sein jüngstes Werk ist in doppeitem Sinne zukunftslos. Ich glaube daher auch nicht, daß man die Leitung unres Landestheaters zu einem Versuch mit seinem von leidig bengalischen Effekten belasteten, doch ohne genialen Wurf und viel gestreutes Detail erfüllten Themenkreis ermuntern sollte. Eher ist zu einer Aufführung von Julius Weismann's „Schwanenweiß“ zu raten, wiewohl auch dieses jetzt im Freiburger Stadttheater erstausgeführte Märchenpiel — in Duisburg kam es zur allerersten Darstellung — keine ganz eindeutige Zustimmung als Oper zuläßt und mehr als Kompromiß zwischen einem Märliker und zumindst ebenso starker Dichter zeugt ist mit all den Vorzügen und Nachteilen, die sich aus der Vertonung rein literarischer Stoffe von selbst ergeben. Man kennt auch hier Strindbergs Märchenpiel, das in einen Traum voll phobologischer Feinheiten und tiefgründiger Ideen das mystische Gelebensleben zweier Kinder eintaucht und zugleich in der kindlich-reifen Liebe der Weiden jene auf Erden allmächtige

Triebkraft verhersticht, die sogar das Böse erlösen kann; die Liebe. Es ist eine die Pantomime ungeniem ansehnende Dichtung, fraglich bleibt nur, ob sie zur inhaltlichen Vertiefung wirklich noch der Musik bedarf. Julius Weismann hat diese fundamentale Frage positiv zugunsten einer musikalischen Einleitung entschieden in der Form freilich, daß er dem üblichen Opernschema aus dem Weg ging, ging das mit seiner ausdrücklich aggressiven Verhöhnung der Dinge das Geheimnisvolle, Raube der Dichtermorte erlöset hätte. Der antirealistischen Tendenz des Märchens kommt also der Verzicht auf gezielte Sachlichkeit und auf kompakte Opernmasse sicherlich sehr zu nützen, während rein stilistisch der durch die ineinanderreihung von geschlossenen ein- und mehrstimmigen Gesängen, von melodramatischen Szenen und großem Dialog formal erzielte Flächenorganismus einer üppigen und absolut wirksamen Sprachgestaltung der Musik hindern im Wege steht. Nun ist allerdings Weismann ein starker Melodiker, der etwaige formale Gleichmäßigkeit stets durch Klänge von schwärmerischer Zartheit und romantischer Schönheit zu paralisieren weiß und eine gewisse Abwechslung auch durch die Verwendung alter Formen (Ranon, Fuge) in die Partitur hineinbringt, die im übrigen sich ebenfalls auf einige plastische Leitmotive stützt. Außerdem erhebt das Werk, was ihm an konstruktiver Perfektion etwa mangelt oder an glatter Artigkeit fehlt, durch Einfachheit, ja Volkstümlichkeit; in der Richtung der für Weismann so charakteristischen Kleinform liegt auch sein Bestreben, dem Soloinstrument wieder zu seinem Recht zu verhelfen. Im ganzen kann gesagt werden, daß im zweiten und dritten Akt die musikalischen Grundkräfte mit dem seelischen Grundkonflikt der Dichtung weit besser verbunden als im ersten, der eine kondensiertere Flächenbehandlung wohl vertragen dürfte. Das von Adolf Gung erformene Bühnenbild (ein mit durchsichtigen Wänden ausgestatteter Saal) schuf den richtigen Märchenrahmen, den Intentionen des Märchenstoffs blieb auch die Regie des Intendanten Hans Richter kaum etwas schuldig trotz einigen extradananten Vorklappen, die noch überunden werden sollten, um in wirklich Märchenweite den Zuschauer zu entziehen. Die Orchesterleistung, die auf das Gebiet reiner und reifer Kammermusik zuweilen führt, wurde unter Cornelius Kun's Stabführung gut bewältigt. Ueberhaupt hinterließ die Aufführung den Eindruck sorgfältigster Vorbereitung, an der unter den Darstellern Paula Wehrig und Maria Homann, sowie A. v. Manoff und E. Maruszewski erheben Anteil hatten. Auch bei der ersten Wiederholung des Werkes (am Ostermontag), die ich anhören konnte, war das Haus voll besetzt und sehr beifallsfreudig. Der bekanntlich in Freiburg anfassige Kompromiß wurde wiederum lebhaft gefeiert.

nicht ganz so schlecht, wie es den osteuropäischen Rassen gehen. Am schwersten ist indessen der Schlag, der Japan trifft, allerdings nicht in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern hinsichtlich der Prestige. Es bleibt weiter unentschieden, ob der Präzedenz sein Veto ausüben wird, um eine erneute Vergütung der japanisch-amerikanischen Beziehungen zu vermeiden.

### Der Beamten-Abbau

Über den Stand des Beamtenabbaus im Reich wird aus Berlin mitgeteilt: Bis zum 1. April sind 330 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut worden. Dies bedeutet über 20 Prozent des gesamten Personalbestandes. Die Ersparnisse belaufen sich auf 300 Goldmillionen im Jahre, d. h. 10 Prozent des gesamten Personalaufwandes und 4 Proz. des gesamten Staats. Im einzelnen verteilen sich die Zahlen, wobei nur der Beamtenabbau in Betracht gezogen wird, folgendermaßen: Bei der Reichsbahn 4 Prozent, bei der Post 20 Prozent, beim Reichswirtschaftsministerium 47 Prozent, beim Reichsministerium des Innern 20,5 Prozent, beim Auswärtigen Amt 22 Prozent, beim Wiederaufbauministerium 31 Prozent usw. Es besteht die Hoffnung, daß durch den Beamtenabbau nicht nur die Zahl der Beamten auf da notwendigste Maß beschränkt, sondern auch die Qualität des Beamtenstandes gehoben wird. Die Ersparnisse beschränken sich nicht nur auf die Verringerung der Beamten, sondern sind auch zum wesentlichen Teil sachlicher Natur, wie z. B. an Raum, Material usw. Zur Durchführung dieser Maßnahmen hat es sich als notwendig erwiesen eine Beförderung- und Einstellungssperre zu erlassen, die auf die Dauer natürlich nicht aufrechterhalten werden soll, um die Möglichkeit eines guten Nachwuchses nicht abzuschneiden. Maßregeln beim Beamtenabbau sind, wie der Ausschuss des Reichstages zur Überwachung des Beamtenabbaus festgestellt hat, nur sehr selten vorgenommen. Die Regierung hat den Wunsch, mit dem Abbau so bald wie möglich aufzuhören. Eine Entscheidung ist in dieser Richtung noch nicht ergangen.

### Holländische Sparpolitik und Außenanleihe

Aus Amsterdam, 11. April, wird uns geschrieben: Die zweite Kammer muß sich noch immer mit dem Etat für 1924 herumschlagen, weil die ungünstige Lage der Staatsfinanzen es durchaus erfordert, daß bei allen Etatsteilen Ersparnisse vorgenommen werden. Im Prinzip ist man sich darüber vollkommen einig, aber bei der praktischen Durchführung treten sehr große und schwere ausgleichende Meinungsverschiedenheiten zu Tage. Beispielsweise mühten auf dem Gebiete der Sparpolitik im Schulwesen die Ausschüsse gerade der wichtigsten Bestimmungen über die Volksschule vorläufig bis zum 1. Oktober verlagert werden und es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß die ganze Angelegenheit nach dem 1. Oktober in der Versenkung verschwindet.

Auch die von der Regierung geplante Verminderung der Beamtengehälter stößt auf hartnäckigen Widerstand und es ist deshalb noch ganz ungewiß, ob in diesem Punkt viel erreicht werden wird.

Anderes ist es mit dem Marinebudget, das wenigstens ungefähr nach dem Willen der Regierung angenommen worden ist, obwohl auch darüber ein recht heftiger Kampf von denjenigen Parteien entfesselt wurde, die im Herbst 1923 in dem Flottengesetz den Grund für einen Kabinettswechsel sahen und die jetzt den Verdacht hegen, daß dieses Flottengesetz, wenn auch in etwas verschleierte Form, doch noch verwirklicht werden sollte.

Auch die Zeitungsmeldung, daß in New York gute Stimmung für eine Dollaranleihe an die Niederlande bestehe, hat nicht ungenüßliche Freude hervorgerufen, weil man von den Bedingungen wenig erbaute ist. Wie es heißt, wollen die Amerikaner eine Anleihe unterbringen, die mit 6 Prozent verzinst und zum Laufe von 92 ausgegeben werden soll. Der „New York Times“ Courant“ weist demgegenüber darauf hin, daß die Amerikaner der Schweiz eine Dollaranleihe von 30 Millionen zu 5½ und zu einem Kufensfuß von 97½ Prozent bewilligt hätten und er bemerkt mit Bitterkeit dazu, daß danach offenbar in Amerika die holländische Kreditwürdigkeit als wesentlich geringer eingeschätzt würde, als die Schweizerische.

Man sieht, daß bei dem Mißverhältnis über die amerikanischen Bedingungen nicht nur das finanzielle Moment misfällt, sondern auch ein sehr ehrenwerter Nationalstolz.

### Kurze Nachrichten

Zu dem Volksentscheid über den Achtstundentag, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund plant, meldet die „Welt am Montag“, daß der freigewerkschaftliche Spitzenverband nicht ein besonderes Gesetz über den Achtstundentag zur Volksabstimmung bringen will, sondern die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch den Völkerbund verlangen wird. Das Volksbegehren wird erst nach den Neuwahlen dem Reichstag überreicht werden.

Die Ausreiseförderung. Der schweizerische Bundesrat hat, wie der schweizerische Hotelier-Verein mitteilt, durch seinen Gesandten in Berlin, die deutsche Regierung auf den schweren Schaden hinweisen lassen, den die deutsche Ausreiseförderung zuzugunsten der schweizerischen Hotelier-Verein zuzugunsten der deutschen Regierung ist gebeten worden, mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen, eine Milderung der sehr strengen Vorschriften zu veranlassen.

Begnädigung zum Osterfest. Wie die „Köln. Ztg.“ aus Düsseldorf erfährt, wurden am Osterfest auf Befehl des kommandierenden Generals von dem am 27. Dezember wegen der Vorgänge bei dem Düsseldorf-Sonderbinderlager verurteilten Mitglieder der früheren Düsseldorf-Schuppolizei sechs begnadigt. Sie mußten jedoch am Montag das besetzte Gebiet verlassen. Vier Polizeibeamte befinden sich noch im Gefängnis.

Einreiseerleichterung in Bayern. Die Einreise für Ausländer ist jetzt für Bayern wesentlich erleichtert worden. Ausländer, die sich weniger als sechs Monate an einem Orte in Bayern aufhalten wollen, bedürfen nach einer Verordnung des Gesamtministeriums nicht mehr der schriftlichen Genehmigung. Eine solche ist nur noch bei längerem Aufenthalt und für die Ausländer, die in Dienst oder Arbeit treten, erforderlich.

Ein neuer Hitler-Prozess begann am Dienstag in München. Er richtet sich gegen eine Reihe von Angehörigen des Stütztrupps Hitler wegen Verletzung der „München Post“, der Festnahme des Münchener Oberbürgermeisters und mehrerer sozialdemokratischer Stadtvorwörter als Geiseln, sowie wegen der Ausübung bei dem Vizepräsidenten des bayerischen Landtags, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Auer, 40 Angeklagte haben sich in diesem Prozeß wegen Beihilfe zum Mordverrat zu verantworten.

Nach ist am vergangenen Samstag von seinem dreiwöchigen Erholungsurlaub im Süden nach München zurückgekehrt. Wie bekannt, sollen General V. Rossow und Oberst Seiber noch einen Aufsteiger in die Schweiz gemacht haben.

Eine blutige Wahlerversammlung fand in Bukow (Marz) statt. Es kam dabei zu einer großen Schlägerei zwischen Kommunisten und rechtsradikalen Jugendbündlern, wobei ein Mitglied der Jugendbündler erschossen und ein Kommunist

mit einem Messer tödlich erriet. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge wurden noch zwei Mitglieder der rechtsradikalen Jugendbündler so schwer verletzt, daß sie am Ostermontag im Bukower Krankenhaus ihren Verletzungen erliegen sind. Die Münchener Infanterieschule ist nach Ohrdruf verlegt worden.

Die Wahlen in Frankreich. Am Montag hat in Frankreich die offizielle Wahlkampagne begonnen, die auf die Dauer von drei Wochen berechnet ist. Die Kammerwahlen finden am 11. Mai von vormittags 8 Uhr bis abends 6 Uhr statt. Nach den veröffentlichten Listen beträgt die Zahl der Abgeordneten, die sich nicht mehr zur Wiederwahl gestellt haben, bis jetzt 57.

Die britische Reichsausstellung, die bisher größte Ausstellung der Welt, wurde auf dem Stadion Wembley bei London in Anwesenheit von über 120 000 Menschen durch den König eröffnet, dessen Rede ebenso wie die des Präsidenten der Ausstellung, des Prinzen von Wales, drachlos in die ganze Welt gesandt worden ist. An der Ausstellung, zu deren Zustandekommen 425 000 Menschen beigetragen haben, und deren Kosten sich auf 30 Millionen Pfund Sterling belaufen, nehmen 18 Dominions, Kolonien und Kolonialgruppen teil.

Trotsky, der aus dem Kaukasus nach Moskau zurückgekehrt ist, hat das Amt des Polizeikommissars für das Heereswesen wieder übernommen.

Der deutsch-türkische Vertrag wurde von der Nationalversammlung in Angora einstimmig angenommen.

Der abgelehnte Kalif in Geddischwierigkeiten. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Beyrut befindet sich der mit mehreren Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Osman in der Schweiz wohnhafte ehemalige Kalif Abdul Mehmed in großen Geldschwierigkeiten. Es verlautet, daß er vergeblich um Unterstützung an Frankreich nachgesucht habe. In knapp einem Monat würden er und die Seinen jedenfalls ohne Mittel dastehen.

Das Polarland Spitzbergen wird im Laufe dieses Sommers unter die Herrschaft Norwegens kommen. Das Land hat große Kohlenlager, deren geordnete Ausbeutung nun in die Wege geleitet werden soll.

Kämpfe in Syrien. Blätter melden aus Konstantinopel, französische Truppen ständen an der syrischen Grenze erneut im Kampfe mit bewaffneten Rebellen, die von der Bevölkerung unterstützt würden. Die Franzosen hätten in dem Kampfe, in dem sie auch Artillerie verwendet hätten, eine Anzahl Toter und Verwundeter gehabt. Der Kampf sei auf die Verlagerung der Bevölkerung zurückzuführen, die ihr von den Franzosen auferlegten Steuern zu zahlen.

## Badischer Teil

### Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge in Baden

II.

Die Erwerbslosenfürsorgeunterstützung darf erst nach einer Wartezeit von mindestens 1 Woche gewährt werden, jedoch ist die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers ermächtigt, die Wartezeit zu erniedrigen; sie wurde für Baden bereits früher auf 3 Tage ermäßigt.

Neuaufgenommen ist der Gedanke, daß die Pflichtarbeit eine Gegenleistung für die Erwerbslosenfürsorge sei. Der Fragenkomplex der Pflichtarbeit, der kleinen und großen Notstandsarbeit wird wegen seines großen Umfangs in einer besonderen Abhandlung besprochen werden; ebenso die Verordnung des Reichsarbeitsministers „über die Einstellung unterstützter Erwerbsloser“ vom 18. Januar 1924, mit der beabsichtigt ist, die Unternehmer aufzumuntern, gegen zur Verfügung gestellten der Erwerbslosenfürsorge eines eingestellten Erwerbslosen, Erwerbslosen einzustellen. Diese Verordnung hat sich in Baden nicht bewährt. Die zur Verfügung gestellten Geldbeträge waren zu gering. Es kamen wenig unbedeutende Gesuche ein.

3. Versorgung für den Krankheitsfall. Von einschneidender Bedeutung ist hier die Vorschrift, die als Grundlohn für die Einstufung des Erwerbslosen in die Krankenkasse den Betrag festsetzt, den der Erwerbslose erhält, wenn er nicht erkrankt wäre. Infolge dieser Bestimmung erhält der Erwerbslose im Krankheitsfalle nur die halbe Erwerbslosenfürsorge als Krankengeld, wodurch bei dem geringen Unterstützungssatz die Erwerbslosen ganz empfindlich betroffen werden. Sie werden hierdurch zur ambulanten ärztlichen Behandlung gezwungen, was bei den ernstlich erkrankten Erwerbslosen im Interesse der Gesunderhaltung des Arbeiterstandes bedauerlich ist. Es waren in der Hauptsache finanzielle Überlegungen, die zu der ursprünglich nicht beabsichtigten Fassung führten. Sie bergen aber auch noch den weiteren Nachteil in sich, daß die Krankenkassen durch diese niedrige Einstufung bei hohen Erwerbslosenzahlen eine viel zu geringe Deckung erhalten, so daß der Reichsarbeitsminister in seiner Vollzugsverordnung bereits eine elastischere Bestimmung einfügen mußte, die sagt: „Soweit es nach dem Verhältnis der Zahl der erwerbslosen zu der Zahl der erwerbstätigen Mitglieder die finanziellen Verhältnisse einer Krankenkasse notwendig machen, ist auf Verlangen der Kasse mit dieser für die versicherten Erwerbslosen ein erhöhter Beitragssatz zu vereinbaren.“ Zurzeit wird in besonders schwierigen Verhältnissen in Baden eine derartige Verständigung angestrebt.

4. Verfahren. Über Unterstützungsansuche entscheidet der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises, der jedoch für diese Entscheidung auch andere Stellen bevollmächtigen kann. Von dieser Übertragungsbefugnis ist im wesentlichen erfreulicherweise in Baden nur für Borentscheidungen Gebrauch gemacht worden, was im Interesse einer einheitlichen Handhabung auch durchaus erwünscht ist. Von der Möglichkeit, daß der Vorstand der Gemeinde unter Umständen dem Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises bindende Weisung geben kann, wird in Baden wohl kaum Gebrauch gemacht werden, da der Vor-

sitz von Verwaltungsausschüssen sich vorwiegend in Händen von Gemeindevertretern befindet.

5. Produktive Erwerbslosenfürsorge. Nach dem nunmehrigen Stande der Gesetzgebung ist zu unterscheiden zwischen Pflichtarbeit, kleiner Notstandsarbeit und großer Notstandsarbeit. Die beiden letzteren bauen sich auf der Pflichtarbeit auf, nur erhält der Erwerbslose hier infolge der größeren Arbeitsleistung eine Erhöhung seiner Bezüge durch Zuschläge, Prämien und Erbsparzulagen für Kleiderabnutzung usw. Es waren beispielsweise am 15. März 1924 vorhanden 36 788 Vollerwerbslose und 6512 Kurzarbeiter. Von den Vollerwerbslosen waren beschäftigt 102 an großen Notstandsarbeiten, 5364 an kleiner Notstandsarbeiten, 7218 mit Pflichtarbeiten. Die Pflichtarbeit schwankt zwischen 8—24 Stunden in der Woche; bei den kleinen Notstandsarbeiten wird bis zu 48 Wochenstunden gearbeitet. Auf häufige Auswechslung wird Wert gelegt, um möglichst vielen Erwerbslosen Verdienstmöglichkeit zu geben. Bei Pflichtarbeiten und kleinen Notstandsarbeiten wird also durchschnittlich etwa der 3. Teil der Vollerwerbslosen beschäftigt. Voraussetzung bei derartigen Arbeiten ist, daß sie gemeinnützig sind, d. h. zum allgemeinen Nutzen dienen, und nicht einem privaten Vorteil des Trägers der Maßnahmen. Es muß sich hier um solche Arbeiten handeln, die im wesentlichen nur unternehmen werden, um Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Es darf sich insbesondere nicht um Arbeiten handeln, zu denen der Maßnahmeträger (z. B. Gemeinde) verpflichtet ist. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet hat sich die Pflichtarbeit gut bewährt. Auch die Erwerbslosen haben soviel gefunden Sinn, daß sie es begrüßen, für die Unterstützung eine Gegenleistung bieten zu können. Es darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, daß der Andrang zu diesen Arbeiten mit auf die lange Erwerbslosigkeit zurückzuführen ist, der die Erwerbslosen vollständig verarmen ließ. Die hier hereinspielenden Einzelfragen sollen mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit in einer besonderen Abhandlung gewürdigt werden. Die hauptsächlichsten Unterlagen zu diesen Arbeiten bieten die vom Reichsarbeitsminister herausgegebenen Bestimmungen „über öffentliche Notstandsarbeiten“ vom 17. November 1923, sowie die Anordnung des Reichsarbeitsministers „über Zuschläge und Prämien für Notstandsarbeiten“ vom 18. Januar 1924. Die Verwaltungsausschüsse des öffentlichen Arbeitsnachweises haben gerade auf diesem Gebiet ein dankbares Betätigungsfeld.

### Nur amtliche Stimmzettel

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichswahlgesetz in der Fassung vom 6. März 1924 kennt nur amtliche, auf Kosten des Reichs hergestellte Stimmzettel. Daher hat die mit Zustimmung des Reichsrates vom Reichsminister des Innern erlassene Reichsstimmordnung vorgegeben, daß jeder Wähler nach Betreten des Abstimmungsraumes Stimmzettel und Umschlag erhält, im Abstimmungsraum den Stimmzettel auszufüllen hat, und daß Stimmzettel, die als nicht amtlich hergestellt erkennbar sind, ungültig sind. Dem vom Reichstage bei Einführung des amtlichen Stimmzettels verfolgten Zweck würde es widersprechen, wenn den Parteien gestattet würde, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken, um ihn, mit einer entsprechenden Eintragung ausgefüllt, an ihre Anhänger zu verschicken. Dergleichen ist es mit den Wahlbestimmungen nicht vereinbar, die amtlichen Stimmzettel gegen Kostenersatz an die Parteileitungen auszugeben, damit der Stimmzettel außerhalb des Abstimmungsraumes parteimäßig hergerichtet werden kann.

### Aus der Landeshauptstadt

Nr. 21 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz: über die Umwandlung der Salinen Dürheim und Nappanau in eine Aktiengesellschaft; über die Neueinteilung der Wohnungserbände, Verordnungen und Bekanntmachung: des Staatsministeriums: der Vollzug der Personalabbaubestimmung; über die Zuständigkeit im Sporel- und Tagewesen; Änderung des Beamtengesetzes; des Ministers des Innern und Unterrichts: Die Schulbehörden der Volksschule.

Operndirektor Cortolozis. Die Meldung einiger Blätter, daß Operndirektor Cortolozis an die Wiener Staatsoper engagiert worden sei, ist nicht zutreffend. Er ist lediglich zu einem zweimaligen Gastspiel nach Wien eingeladen worden.

Dienstjubiläum. Hauptkassier Wilhelm Hartmann bei der Landeshauptkasse feiert heute sein 30jähriges Dienstjubiläum. Vom Handwerk. Große Sorge bereitet heuer die Unterbringung der tausende schulentlassener Knaben und Mädchen, die ein Handwerk erlernen wollen. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß ein empfindlicher Mangel an Lehrstellen besteht. Das städtische Arbeitsamt hat deshalb dankenswerter Weise Veranlassung genommen, eine Aussprache mit der Elternschaft herbeizuführen. Man stellte dabei an den Stadtrat das Verlangen, für die schulentlassenen arbeitslosen Söhne, die ein Handwerk ergreifen wollen, den Ganztagsunterricht in Verbindung mit Werkstattunterricht an der hiesigen Gewerbeschule einzurichten. Eine solche Maßnahme wäre um so mehr zu begrüßen, als einmal den Gefahren des Müßigganges für unsere Jugend begegnet und, was die Hauptsache ist, für den späteren Lebensberuf schon jetzt die Grundlage durch eine gezielte gründliche Vorbildung geschaffen würde.

Feuergefecht mit einem Eindringler. Die Nacht zu Dienstag wurde ein Individuum dabei ertappt, als es in das Geschäftsgebäude der „Selbsthilfe“ (Städt.) einzubrechen versuchte. Durch das Anschlagen des Hofbundes aufmerksam geworden, rief der Hausverwalter telephonisch die Polizei herbei. Der Verbrecher flüchtete in das oberste Stadwerk des Schloßes. Zwischen ihm und den verfolgenden Schutzleuten entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, wobei jener acht Pistolenschüsse abfeuerte, glücklicherweise ohne jemanden in der Dunkelheit zu treffen. Schließlich gelang es den jüngeren Jungen, der bereits eine gestohlene Windjade am Leibe trug, festzunehmen. Es ist ein 40jähriger, schon mit Juchthaus vorbestrafter Mensch mit Namen Kober.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Das neue Schuljahr beginnt nach einem Erlass des Unterrichtsministeriums an allen Schulen am 1. Mai.

**Von den bad. Hochschulen.** Am heutigen Mittwoch, den 23. April, vollendet der bisherige Ordinarius für romanische Philologie an der Universität Heidelberg, Geh. Rat Prof. Dr. Frh. Neumann, sein 70. Lebensjahr.

Die Landeszentrale des badischen Einzelhandels hält in Baden-Baden vom 9. bis 11. Mai ihre Generalversammlung ab.

**DZ. Heidelberg, 22. April.** Der Generaldirektor der Bad. Anilin- und Sodafabrik, Dr. h. c. Karl Bosh-Heidelberg, wurde von der bayerischen Staatsregierung zum Geh. Kommerzienrat ernannt.

**DZ. Heidelberg, 22. April.** Der letzte Polizeibericht meldet, daß 307 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, insbesondere wegen Verstoß gegen das Kraftfahrzeuggesetz und die Straßenpolizeiordnung zur Anzeige gelangt seien, was einen Rekord darstellen dürfte.

**DZ. Heidelberg (Amt Bruchsal), 22. April.** Am Osterfesttag mittags konnten in der Saalbach größere Mengen sterbender und schon toter Fische beobachtet werden. Der Fischzuchtverein will den Gründen nachgehen, die man in den Abwässern einer Fabrik zu finden glaubt.

**DZ. Freiburg i. Br., 22. April.** Die hier erscheinende Wochenchrift „Elsass-Lothringische Mitteilungen“, Organ des Elsassbundes für die Elsass-Lothringer im Reich, ist von den Besatzungsorganen „für dauernd im neubesetzten Gebiet“ verboten worden, augenscheinlich wegen der energiegelassen Haltung, die diese Zeitschrift in der elsass-lothringischen Frage vertritt. Im altheimischen Gebiet ist übrigens die Verbreitung der „Elsass-Lothringischen Mitteilungen“ von den Besatzungsorganen mit allerlei Mitteln vertrieblerischer Art von jeher behindert gewesen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	23. April		22. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1566 100	1573 900	1566 100	1573 900
Kopenhagen	703 200	706 800	702 200	706 800
Italien	189 500	190 500	187 500	188 500
London	18 455 000	18 545 000	18 405 000	18 495 000
New York	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	284 300	285 700	275 300	276 700
Schweiz	742 100	745 900	742 100	745 900
Brag	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die Kurse hier bedeutet die Jutellung in Prozent

#### Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Münzgold und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Millionen Mark)	
100% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 9
100% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 10
100% Rhein-Rain-Donau-Gold-Anleihe	ca. 2,5
100% Redarwerke Goldanleihe	ca. 2,2
100% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca. 2,2
100% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	ca. 2,5
100% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca. 1
Dollarschuldenanweisungen des Deutschen Reichs	ca. 83%
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca. 4,2

**Badische Bauernbank.** Im Hause Karlstraße 21 in Karlsruhe wurde eine Filiale der Badischen Bauernbank, sowie eine Zweigstelle des Badischen Bauernvereins eröffnet.

**Doppelung der Zinkproduktion in Frankreich — ein neues Ziel des französischen industriellen Ehrgeizes.**

Aus Lyon, 10. April, wird uns geschrieben:

In einer ganzen Reihe von Industriezweigen hat Frankreich bereits seit Kriegsende außerordentliche Fortschritte zu erzielen gemocht, so z. B. in der chemischen Industrie, der Automobilindustrie, der Flugzeugindustrie ufm. Neuerdings werden von französischen Industriellen große Anstrengungen gemacht, die Vorherrschaft in der europäischen Zinkindustrie, in der bisher Deutschland und Belgien führten, zu erlangen. Vor 1914 bezifferte sich die französische Zinkproduktion auf jährlich knapp 75 000 Tonnen von einer Weltproduktion im

Umfange von etwa 1 Million Tonnen, trotzdem ihr in den nordafrikanischen Kolonien ausgedehnte und reiche Zinkergänge zur Verfügung standen. Diese frühere Rückständigkeit wurde von französischen Fachleuten in erster Linie mit dem damaligen Mangel an Kohle begründet, denn es gehören zur Herstellung einer Tonne Zink 4 Tonnen Kohle. Da diese Produktion von nur 75 000 Tonnen zur Deckung des eigenen industriellen Bedarfs nicht ausreichte, mußten noch jährlich ungefähr 40 000 Tonnen des Metalls eingeführt werden.

Während des Krieges steigerte sich in allen Ländern unter dem Druck der Heeresnotwendigkeiten die Zinkproduktion. So wurde sie in den Vereinigten Staaten verdoppelt. Aber auch England, Kanada und Australien erhöhten ihre Produktion an Zink erheblich. Die wichtigsten französischen Zinkstätten von Aubus, St. Amand und Rivalles-Godault lagen im besetzten Nordgebiet. Die Compagnie d'Alsacienne errichtete während des Krieges eine Fabrik in der Nähe von Rochefort.

Nach der Wiederherstellung der Hütten im zerstörten Gebiet ist die Produktion schnell wieder in Gang gekommen und hat den Vorkriegsstand nahezu wieder erreicht. Eine erhebliche Erweiterung wird die Zinkproduktion nach Fertigstellung der in Bau befindlichen Zinkwerke der bekannten Metallgesellschaft Vieille Montagne in Vibieuz am Vaur im Departement Aveyron im Südosten Frankreichs erfahren. Hier wird das Zink mittels des Elektrolitverfahrens gewonnen. Die benötigte elektrische Kraft wird durch die Wasserkräfte des Vaur geliefert. Außer dieser Anlage sind weitere große Elektrolitwerke in den Pyrenäen geplant. Nach Durchführung dieser Projekte würde Frankreich auf eine Zinkproduktion von mindestens jährlich 140 000 Tonnen kommen, d. h. seine Vorkriegsproduktion verdoppeln. In diesem Fall würde Frankreich den ersten Platz in der europäischen Zinkindustrie einnehmen. Im übrigen ermöglicht die Anwendung des Elektrolitverfahrens die Verwertung einheimischer zinkreicher Erze, die bisher nicht verwandt werden konnten. Demnach würde nicht nur der französische Eigenbedarf an diesem Material aus eigener Produktion voll gedeckt werden können, sondern man rechnet in den Kreisen der Zinkindustrie sogar mit einer lohnenden Ausfuhr.

### Verschiedenes

#### Eleonora Duse

Eleonora Duse ist in Pittsburg (Nordamerika) an den Folgen einer Grippe im Alter von 65 Jahren gestorben. Die berühmte Tragödin befand sich mit ihrer Truppe auf einer Gastspielreise durch Amerika.

#### Die Herfischen Wellen

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Äußerung des Professors Otto Lummier in Breslau, die sich mit der Legende befaßt, daß es möglich sei, mit Hilfe der Herfischen Wellen Flugzeuge aus der Luft herabzuholen und unschädlich zu machen. Der berühmte Physiker erklärt:

„Die hohe Meinung von der deutschen Physik ehrt uns Physikler. Aber leider müssen wir dies hohe Vertrauen bescheiden ablehnen. Hier ist der Wunsch der Vater der Gedanken. Wenn nicht der Feind so dumm und unwissend ist, was er wirklich nicht ist, und es absichtlich so einrichtet, daß die ihm zugefandene elektrische Energie zum Zünden eines Explosionsstoffes verwandt wird, ist es absolut ausgeschlossen, mit Hilfe der elektrischen Wellen (Herfische Wellen) ein feindliches Flugzeug „aus der Luft herabzuholen“.“

#### Der Riesendampfer Columbus

Der auf der Werft von F. Schichau in Danzig erbaute Dampfer „Columbus“ des Norddeutschen Lloyd, der nun seine erste Ausreise macht, ist mit einem Raumbau von 32 500 Br.-M.-L. das größte Schiff der deutschen Handelsflotte. Das Schiff hat eine Länge von rund 236 Meter. Die größte Breite beträgt 25,3 Meter. Voll beladen hat der Dampfer einen Tiefgang von rund 10 Metern. Das oberste, freie Deck liegt etwa 12 Meter über der Wasseroberfläche. Der obere Rand der Schornsteine etwa 33 Meter und die Mastspitzen 51 Meter über Wasser. Das innere des Schiffskörpers ist in 15 durch 14 wasserdichte Querschotten geschaffene Abteilungen eingeteilt. Der mittlere Teil des Schiffes wird in seinen untersten Räumen auf rund 120 Meter Länge von der Kessel- und Maschinenanlage in Anspruch genommen. Zwölf Dampfessel, jeder etwa 6 Meter lang und etwa 5 Meter im Durchmesser, mit zusammen 80 Feuerungen, sind auf vier wasserdicht voneinander getrennte Abteilungen verteilt. Hinter den Kesselläumen liegt der Maschinenraum mit den beiden Hauptmaschinen von zusammen 30 000 Pferdestärken. An den Maschinenraum schließen sich nach hinten der Hilfsmaschinenraum mit den elektrischen Maschinen, Pumpen, Kühlmaschinen ufm., sowie die beiden Wellentunnel an, in denen die etwa 650 Millimeter dicken Wellenleitungen

entlanggeführt sind, die die Leistung der Maschinen auf die beiden dreiflügeligen Propeller am Hinterschiff übertragen.

Von diesen liegt das sogenannte vierte Deck oder G-Deck etwa in der Wasserlinie, darunter liegen noch das fünfte und das sechste Deck, die sich aber nur vor und hinter den Maschinen- und Kesselräumen erstrecken. Nach oben folgen das dritte oder F- und zweite oder E-Deck, dann das Hauptdeck oder D-Deck, Unteres Promenadendeck oder C-Deck, Oberes Promenadendeck oder B-Deck, Bootsdeck oder A-Deck und die Decks der oberen Aufbauten, auf die am vorderen Ende des Mittelschiffs-Aufbaues noch ein Deckhaus mit Wohnräumen für den Kapitän, sowie dem Karten- und Steuerhaus und der Kommandobrücke aufgebaut ist. Im ganzen sind also über dem untersten Deck neun Stützwerke vorhanden, deren Höhen etwa 2,7 bis 3,0 Meter betragen. Für Kabung, Poit- und Passagiergedeck sind die unter dem vierten Deck noch übrig bleibenden Räume im Vor- und Hinterschiff einrichtet. In ganzen sind Wohnräume für 419 Fahrgäste 1. Klasse, 639 2. Klasse und 831 3. Klasse vorhanden. Außerdem können in der 2. Klasse noch 61 Kinder in Kinderbetten untergebracht werden. Einschließlich der 817 Köpfe starken Besatzung beträgt die Uelegungsfähigkeit des Dampfers „Columbus“ 2706 Personen. Der Speisesaal 1. Klasse (454 Sitzplätze), mittschiffs zwischen den beiden Kesselschächten gelegen, nimmt auf dem Hauptdeck einen Raum von nicht weniger als 655 Quadratmeter in Anspruch. Bei der Anlage der Kammererichtung ist in erster Linie darauf Bedacht genommen, eine größtmögliche Anzahl von Außenlammen in direktem Tageslicht zu schaffen. Die Unterbringung der Reisenden 3. Klasse erfolgt in der in neuerer Zeit üblichen Weise in Kammern für 2, 3 und 4 Personen.

### Zeitschriftenschau

**Europäische Gespräche.** Hamburger Monatshefte für auswärtige Politik, 2. Jahrgang, Heft I (Januar/Februar 1924), herausgegeben von Professor Dr. A. Wendelsjohn Bartholdy. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin.) — Der neue Jahrgang der „Europäischen Gespräche“ eröffnet mit einem Ausblick auf die Spannungen in Nord Europa: der finnländische Jurist Freiherr von Rede setzt sich lebhaft ein für ein Zusammengehen Finnlands mit Schweden, besonders unter dem Druck des russischen Nachbarn im Osten, der aus der finnischen Nähe gesehen als die einzige große Gefahr erscheint; ein Zusammengehen mit den baltischen Staaten müßte schließlich Finnland in die Gefahren der polnischen und schließlich auch der französischen Politik verstricken. Der Dokumententeil bringt dazu die Rede des schwedischen Außenministers Geberstjerna, der für ein solches Bündnis eintrat, aber von der schwedischen Öffentlichkeit desabotiert wurde, und ferner den estnisch-lettischen Bündnisvertrag. Der diplomatische Anonymus Akeretis erinnert anlässlich des neuen Tagerabkommens an die Vorgänge von 1904 und zeigt die verschiedene Art der Behandlung Englands: Frankreich festete England, indem es sich mit mündlichen Versicherungen durchaus begnügte, Deutschland verleihe England, indem es 1904 wie 1914 glaubte, es an seine wahren Pflichten mahnen zu dürfen. Von ganz aktuellem Interesse ist ein längerer Aufsatz des Herausgebers über die englischen Wahlen, die, ins einzelne verfolgt, sich ganz überraschend als Sieg der friedlich Gesinnten in allen Lagern darstellten, also als Gegenstück zu den Skafiwahlen. Unter den Dokumenten interessiert das offizielle Resümee über die Verhandlungen der britischen Reichskonferenz und das viel erörterte Flensburger Abkommen der deutschen und der dänischen sozialistischen Parteien. Reichhaltig sind wieder Bibliographie und Besprechungen, in denen die Überlegenheit der englischen politischen Publizistik ein wenig bescheiden hervortritt; besondere Erwähnung verdienen die Besprechung von Churchill's zweitem Kriegsband, dem von 1915, mit der padenden Schilderung des Dardanellen-Unternehmens, sowie die scharfe Ablehnung der Memoiren von Asquith mit ihrer unzulänglichen und unwürdigen Behandlung der Schuldfrage.

### Reich eingetroffen

in den einschlägigen Geschäften Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz. Wer sie noch nicht kennt, tut gut sie zu versuchen. Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz ist bekanntlich nachweislich der feinste und dabei sparsamste Kaffeezusatz. Silberpaket 30 Pfennig, Dose 40 Pfennig.

**Methode Ritter**  
Sprachlehr-Institut  
Anmeldungen täglich für Kurse und Privatstunden  
**Leopoldstraße 1**  
(am Kaiserplatz) D.4

---

Sieben erschien:  
**Die rechtsrechtlichen Kostenvorschriften**  
Textausgabe  
Bearbeitet von **Theodor Garsch**  
Rechnungsrat im Justizministerium in Karlsruhe  
Zweite Auflage  
nach dem Stand vom 1. April 1924  
Preis 90 Pfennig  
Verlag **G. Braun G. m. b. H.** in Karlsruhe  
Karlstr. 14

**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 24. April. 7 b. n. 10 Uhr. Sp. I 4.20 M.  
Abonnement E 18.  
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1401—1600, 4501—4900.  
**Die Jungfrau von Orléans.**

**Polizeiwachtmeisterstelle**  
in **Waldkirch i. Breisgau** ist neu zu besetzen. Befoldung nach Gruppe V. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Zeugnissen bis **1. Mai** zu richten an  
**Bürgermeisteramt Waldkirch i. Br.** D.288

**Maul- und Klauenfeste.**  
Die Maul- und Klauenfeste in Wulach ist erloschen. Die angeordneten Maßnahmen wurden sämtlich aufgehoben.  
Karlsruhe, den 19. April 1924. D.3.42  
Bezirksamt II.

**Die Bekämpfung der Maul- und Klauenfeste.**  
In Gondelsheim, Amt Bretten, ist die Maul- und Klauenfeste erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.  
Karlsruhe, den 17. April 1924. D.3.40  
Bezirksamt II.

**Detektiv-Institut**  
„Argus“ Mannheim  
O. 6. 6.  
Plancken 33, 47  
Fernspr. 3305  
R. Maler & Co., G. m. b. H.

**Metallbetten**  
Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Sulz (Zhr.)

**3 Zentner garantierter reiner Bienenhonig**  
verkauft und steht Angeboten entgegen. D.291  
**Christian Schmid**  
Langmüllergasse 6.

**Öffentliche Versteigerung.**  
Freitag, den 25. April 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Anhaltstraße 4, gegen bare Zahlung auf Anordnung des Amtsgerichts öffentlich versteigern:  
D.207  
**Ein Arbeitspferd, Fuchshute (etwa 4—5 Jahre alt).**  
Karlsruhe, 23. April 1924.  
Guber, Gerichtsvollzieher.

**Stammholzersteigerung**  
Die Gemeinde Mündwiler, Amt Lahr (Wohnsitz) versteigert am Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. Mai 1924, jeweils vormittags 9 Uhr anfangend in ihrem Gemeindevaal:  
17 Stück Eichen I. Kl., 47 Fichten, 27 II. 59 Fichten, 50 III. 49 Fichten, 108 IV. 90 Fichten, 102 V. 52 Fichten, 1 VI. 0,28 Fichten.

1 Stück Rutsche II Kl. 2,67 Fichtenmeter.  
Tannenholz auf 70 Fichtenmeter und zwar: 141 Stämme I. bis VI. Kl. und 27 Abschnitte I. bis III. Kl.  
Am ersten Tag kommen die Lose Nr. 227 bis 347 und 662 bis 703, am 2. Tag die Lose Nr. 348 bis 651 zur Versteigerung. Zusammenkunft am 1. Tag im Dörr. II auf der Stankelmattendbrücke, am 2. Tag beim Rathaus D.289.2.1  
Witenauszüge nur gegen Bestellung durch das Bürgermeistamt.  
Mündwiler, 17. April 24.  
Der Gemeinderat.

**Radelrundholz-Versteigerung**  
des Bad. Forstamtes Pforsheim am Montag, den 5. Mai d. J., früh 10 Uhr beginnend auf dem Seehaus im Hagenschief aus dem Staatswald Hagenschief: rund 2600 fm. Tannen u. Fichten. Nähere Auskünfte und Witenauszüge durch das Forstamt. W.174.2.1

Hochbauarbeiten zur Erbauung eines Dienstwohngebäudes für die Bahnmessereien V und VI in Karlsruhe - Westbahnhof öffentlich zu vergeben: a) Verputzarbeiten, b) Schreinerarbeiten, c) Glaserarbeiten, d) Schloßerarbeiten, e) Installationsarbeiten, f) Triolinbelag, g) Estrichbelag, h) Terrazzoarbeiten, i) Anstricherarbeiten, k) Tapezierarbeiten. Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Hochbauamt im 2. Stock des neuen Aufnahmegebäudes Karlsruhe zur Einsicht auf, wo auch Angebotsordrude von persönlich erscheinenden Bewerbern gegen Ertrag der Selbstkosten in Empfang genommen werden können. Die Kosten für die Angebotsordrude betragen für a, b, c, d, h und i = 30 Pf., für f, g und k = 20 Pf. und für e 45 Pf. Zuzahlung der Unterlagen nach auswärts findet nicht statt. Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „... arbeiten am Dienstwohngebäude für die Vm V und VI in Karlsruhe - Westbahnhof“ versehen, längstens bis Donnerstag, den 1. Mai 1924 vormittags 11 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
D.2.138.2.1  
Karlsruhe, 14. April 1924.  
Bahnbauinspektion II.